

Aufruhr um Zuckerfabrik Tulln

Am Wochenende gingen medial die Wogen betreffend des Frucht-, Zucker- und Stärkekonzerns Agrana hoch. Was es mit der Standortgarantie für Österreichs nunmehr einzige Zuckerfabrik in Tulln auf sich hat.

CLEMENS WIELTSCH

Es war nur ein Halbsatz in einem Interview mit Agrana-Vorstandsvorsitzendem Stephan Büttner. Es gäbe derzeit keine Garantie für das Werk in Tulln. Dem Redakteur des „Kurier“, der das Gespräch für die Samstagsausgabe zu Papier brachte, war dies keine Nachfrage wert.

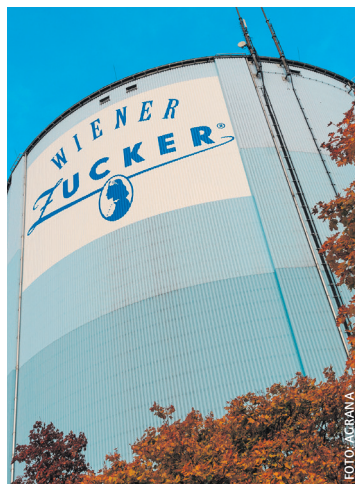
Harsche Kritik

Vor dem Hintergrund der Schließung in Leopoldsdorf im Frühjahr saß der Schock unter Bauernvertretern aber tief. Niederösterreichs LK Präsident Johannes Schmuckenschlager bezeichnete Büttners Äußerungen als „inakzeptabel“. Sein oberösterreichischer Amtskollege Franz Waldenberger sprach von einer „Katastrophe“: „Das wäre

das Ende der Zuckerrübenproduktion für Österreich und hätte massive Auswirkungen für den heimischen Ackerbau.“

Die BauernZeitung hat bei Agrana nachgefragt, was es mit der fehlenden Standortgarantie auf sich hat. „Wir wollen in Tulln eine dauerhaft tragfähige Grundlage für eine nachhaltige Zuckerproduktion mit heimischen Zuckerrüben schaffen“, versucht Agrana-Sprecher Markus Simak zu beruhigen. Dazu müsse es zu allererst aber gelingen das Zuckergeschäft in die Gewinnzone zurückzuführen.

Tatsächlich hat der Konzern in seiner jüngsten Halbjahresbilanz kräftig Federn lassen müssen. Das Konzernergebnis brach im Vorjahresvergleich um 95 Prozent ein und lag bei nur noch 1,1 Mio. Euro. Das Ergebnis vor Zinsen und



Der „Wiener Zucker“ ist angezählt.

Steuern (EBIT) halbierte sich. Geschuldet ist das vor allem dem Zuckersegment, dessen EBIT nach einem Defizit von 11,1 Mio. Euro im Vergleichszeitraum des Vorjahres heuer minus 36,3 Mio. Euro beträgt.

„Wir arbeiten intensiv und in vollem Bewusstsein für den Zuckerstandort Österreich“, heißt es von Agrana außerdem. Nachsatz: „Eine nachhaltige Absicherung wird nur gemeinsam gelingen.“ So werden etwa stabile, faire Rahmenbedingungen „ohne vorschnelle Importe“ und Erleichterungen bei Energiepreisen gefordert.

Seitens des Dachverbands der heimischen Rübenbauernorganisationen teilt man übrigens mit, dass eine Standortgarantie allein ohnehin nicht ausreiche. Vor dem Hintergrund des potenziellen EU-Beitritts der Ukraine und den Diskussionen rund um diverse Freihandelsabkommen stellt Verbandspräsident Ernst Karpfinger klar: „Wir können bei den gegenwärtigen Rahmenbedingungen auch keine Rübenanbaugarantie abgeben.“

Wein als rot-weiß-roter Wirtschaftsmotor

Die hiesige Weinwirtschaft generierte 2023 3,8 Mrd. Euro Bruttowertschöpfung. Das zeigt eine neue, diese Woche vorgestellte Studie. Indes fordert der Weinbauverband vom Bund Geld für die ÖWM.

MICHAEL STOCKINGER

„Die wirtschaftliche Kraft des Weins reicht weit über das Achterl hinaus. Denn rund um die Rebe wirkt ein ganzes Wirtschaftsökosystem: vom Winzer über den Tourismus bis hin zu Handel und Kulinarik. Es sind diese direkten und indirekten Effekte, die den Wein zu einem bedeutenden Wirtschaftsmotor machen“, betonte Chris Yorke, Geschäftsführer der Österreich Wein Marketing GmbH (ÖWM), dem Auftraggeber der Economica-Studie.

Die heimische Weinwirtschaft hatte 2023 demnach eine Bruttowertschöpfung von mehr als 3,8 Mrd. Euro. Insgesamt macht der Wein 7,5 Prozent der gesamten landwirtschaft-

lichen Produktion aus. Über 68.000 Arbeitsplätze werden direkt oder indirekt durch die Branche gesichert. Die Wirkung geht dabei über die traditionellen Weinbaubundesländer im Osten Österreichs hinaus. So profitieren Beherbergung und Gastronomie mit knapp 1,5 Mrd.

Euro – rund 40 Prozent von der gesamten Wertschöpfung.

„Die österreichische Weinwirtschaft steht nicht nur für Gastfreundschaft und Lebensfreude, sondern schafft auch einen enormen wirtschaftlichen Mehrwert“, brachte es Professor Christian Helmenstein, Leiter

der Economica GmbH, auf den Punkt.

Auch der Staat profitiert. Jährlich werden rund 1,2 Mrd. Euro an Steuern und Abgaben in die öffentlichen Kassen gespült. Knapp 403 Mio. Euro beziehungsweise 35 Prozent davon gehen an den Bund. An letzteren hatte der Präsident des Österreichischen Weinbauverbands angesichts rekordhoher Produktionskosten und rückläufigen Weinkonsums gleich eine Forderung. „So wäre es sehr wünschenswert, wenn der Bund, der nachweislich stark durch Einnahmen aus der Weinwirtschaft profitiert, wieder einen Finanzierungsbeitrag an die ÖWM leistet – wie die vorbildlich agierenden Weinbauländer“, sagte Schmuckenschlager.



Die Weinwirtschaft hat viele positive Aspekte und sichert 68.113 Arbeitsplätze.